

# RESOLUTION ZUM GOTTHARD

Verabschiedet am Parteitag der SP Schweiz vom 8./9. September 2012 in Lugano

---

Mit der vorliegenden Resolution fordern die SP Tessin und die SP Graubünden die SP Schweiz dazu auf, parlamentarisch und falls notwendig auch mit der Lancierung eines Referendums, den Bau einer zweiten Gotthardröhre zu verhindern. Für die beiden Kantonalparteien ist klar, dass eine zweite Gotthardstrassenröhre alles andere als notwendig ist und letztlich keine andere Folge hätte, als den Transitverkehr weiter zu steigern. Dies hätte schlimme Konsequenzen für den Alpenraum und für die Bevölkerung, die auf der Nord-Süd-Achse an der A2 und an der A13 lebt.

## **Resolution: Nein zur zweiten Strassenröhre am Gotthard, Ja zur Verlagerung auf die Schiene!**

Die SP Schweiz ist gegen den Bau einer zweiten Strassenröhre am Gotthard. Darum wird sie im Parlament und falls notwendig mit der Lancierung eines Referendums dafür kämpfen, dass diese verhindert wird.

In der Zwischenzeit wird sich die SP für diejenigen Lösungen einsetzen, die eine Nord-Süd-Verbindung während der Sanierung des bestehenden Gotthardstrassentunnels garantieren, ohne die Strassenkapazität zu erhöhen. So zum Beispiel die nur etappenweise Schliessung des Strassentunnels während den Perioden mit tiefem Verkehrsaufkommen, die Einrichtung eines Autoverlads und einer Rollenden Landstrasse für den Schwerverkehr. Lösungen, die auch verhindern, dass während der Gotthardsanierung der Transitverkehr auf die San Bernardino-Route umgeleitet wird, die für den Schwerverkehr ungeeignet ist.

Diese Lösungen würden vereinfacht und kostengünstiger, wenn das vom Volk mehrmals beschlossene und verfassungsmässig verankerte Ziel der Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene erreicht würde.

Durch eine zweite Gotthardröhre würde das Verlagerungsziel hingegen geradezu hintertrieben. Letztlich würde der Bau einer zweiten Röhre nichts anderes als die Weiterführung einer nicht nachhaltigen Mobilität bedeuten, die den Strassenverkehr immer weiter erhöht. Dies hätte aber ernste Konsequenzen für die Gesundheit der Bevölkerung – die schon heute einer sehr hohen Verschmutzung ausgesetzt ist – und für die Umwelt sowohl im Kanton Tessin als auch im Kanton Graubünden.

Bellinzona und Chur, im August 2012

Marina Carobbio, Nationalrätin SP Tessin  
Carlo Lepori, Vizepräsident SP Tessin  
Jon Pult, Präsident SP Graubünden